

13. August 2007

BMF-010302/0011-IV/8/2007

An

Bundesministerium für Finanzen

Zollämter

Steuer- und Zollkoordination, Fachbereich Zoll und Verbrauchsteuern

Steuer- und Zollkoordination, Risiko-, Informations- und Analysezentrum

AH-2081, Usbekistan - Embargo

Verordnung des Rates über die restriktiven Maßnahmen gegenüber Usbekistan

Die Arbeitsrichtlinie über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Usbekistan (AH-2081, Usbekistan-Embargo) stellt einen Auslegungsbehelf zu den von den Zollämtern und Zollorganen zu vollziehenden Regelungen über das Verbot des Verkaufs, der Lieferung, der Weitergabe und der Ausfuhr von Ausrüstungsgegenständen, die zur inneren Unterdrückung verwendet werden könnten, dar, der im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise mitgeteilt wird.

Über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Rechte und Pflichten können aus dieser Arbeitsrichtlinie nicht abgeleitet werden.

Bei Erledigungen haben Zitierungen mit Hinweisen auf diese Arbeitsrichtlinie zu unterbleiben.

Bundesministerium für Finanzen, 13. August 2007

Das Approbationsdatum dieser Arbeitsrichtlinie dient lediglich der Überführung der Stammfassung in der Findok und wurde inhaltlich nicht geändert.

0. Einführung

0.1. Art der Maßnahme

Die Embargovorschrift für Usbekistan legt für die Güter, die in ihren Anlagen aufgelistet sind, Vorschriften für die Ausfuhr und Durchfuhr fest. Dazu besteht ein Verbot zur Förderung der Ausfuhr und Durchfuhr.

Die Maßnahmen sind von der Zollorganen nach den Vorgaben in der vorliegenden Arbeitsrichtlinie zu vollziehen.

Verordnung (EG) Nr. 154/2009 ABIEU [L 51, gilt ab 27.02.2009](#).

0.2. Übersicht Arbeitsrichtlinie

Einführung

Art der Maßnahme Abschnitt 0.1., Übersicht Arbeitsrichtlinie Abschnitt 0.2.,
Rechtsgrundlagen Abschnitt 0.3, Begriffsbestimmungen und Definitionen Abschnitt 0.4.

Ausfuhr

Allgemeine Vorschriften Abschnitt 1.0., Umfang der Maßnahme Abschnitt 1.1., Verfahren bei Ausfuhr Abschnitt 1.2., Ausfuhrdokumente Abschnitt 1.3., Ausnahmen und Sonderbestimmungen Abschnitt 1.4.

Einfuhr

Abschnitt 2. (Keine Beschränkung)

Durchfuhr

Abschnitt 3. (Keine Beschränkung)

Innergemeinschaftliche Verbringung

Abschnitt 4. (Keine Beschränkung)

Vermittlung

Vermittlung Abschnitt 5.1., Förderung Abschnitt 5.2.

Beschlagnahme und Verwertung

Beschlagnahme Abschnitt 6.1., Verwertung Abschnitt 6.2.

Strafbestimmungen

Abschnitt 7.

Anhänge

Änderungsübersicht Abschnitt 8.1., Zuständige Behörden der Mitgliedstaaten Abschnitt 8.2., Warenkataolg Abschnitt 8.3.

0.3. Rechtsgrundlagen

(1) Verordnung (EG) Nr. 1859/2005

des Rates vom 14. November 2005 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan, ABIEU L299. Die Verordnung gilt ab 17. November 2005.

Änderungen:

Verordnung (EG) Nr. 154/2009

des Rates vom 23. Februar 2009 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan, [ABIEU L 51](#). Die Verordnung gilt ab 27.02.2009.

0.4. Begriffsbestimmungen und Definitionen

(1) Ausfuhr

Ausfuhr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1859/2005 und damit im Sinne dieser Arbeitsrichtlinie ist **jede Art der Verbringung** von den betroffenen Gütern aus dem Gemeinschaftsgebiet (unterliegt somit dem Verbot).

Diese umfassende Anwendung ergibt sich aus Textierung in der Verordnung: "unmittelbar oder mittelbar ... zu verkaufen, zu liefern, weiterzugeben oder auszuführen".

Dazu gehören zB die vorübergehende Verbringung aus dem Gemeinschaftsgebiet, die Verbringung aus dem Gemeinschaftsgebiet nach Durchfuhr, die Wiederausfuhr von Nichtgemeinschaftswaren über Freizonen oder Freilager und die Beendigung von Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung durch Wiederausfuhr.

(2) Feststellungsbescheid

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat auf Antrag mit Bescheid festzustellen, ob

- ein Gut hinsichtlich einer bestimmten Art des Güterverkehrs mit einem bestimmten Drittstaat, der Verbringung in oder aus einem anderen EU-Mitgliedstaat oder einer

bestimmten Tätigkeit gemäß den §§ 13 bis 16 AußHG 2005 einer Meldepflicht, einer Bewilligungspflicht oder einem Verbot auf Grund dieses Bundesgesetzes oder auf Grund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Gemeinschaft unterliegt

oder

- technische Unterstützung, die in einem bestimmten Drittstaat erbracht wird, einem Verbot oder einer Bewilligungspflicht auf Grund dieses Bundesgesetzes oder einer Melde- oder Bewilligungspflicht oder einem Verbot auf Grund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Gemeinschaft im Sinne von § 1 Z 15 lit. a oder b AußHG 2005 unterliegt

oder

- ein sonstiger Vorgang einem Verbot, einer Bewilligungspflicht oder einer Meldepflicht auf Grund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Gemeinschaft im Sinne von § 1 Z 15 lit. b AußHG 2005 unterliegt.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat auf Antrag mit Bescheid zu bestätigen, dass ein bestimmter Vorgang hinsichtlich eines bestimmten Gutes einer allgemeinen Bewilligung gemäß einer Verordnung auf Grund von § 30 Abs. 1 AußHG 2005 oder einer Allgemeinenehmigung auf Grund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Gemeinschaft im Sinne von § 1 Z 15 lit. a AußHG 2005 unterliegt.

(3) Maßnahmenbefreiende Wirkung

(Definition für die vorliegende Arbeitsrichtlinie):

Folge der Feststellung im Feststellungsbescheid (siehe Z 2), dass eine Ware von den entsprechenden Warenkatalogen nicht umfasst wird und damit den Vorschriften dieser Maßnahme nicht unterliegt oder, dass eine Ware bestimmten Vorschriften nicht unterliegt.

1. Ausfuhr

1.0. Allgemeine Vorschriften

Ausfuhr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1859/2005 und damit im Sinne dieser Arbeitsrichtlinie ist jede Art der Verbringung der betroffenen Gütern aus dem Gemeinschaftsgebiet.

Näheres dazu siehe Abschnitt 0.4. Abs. 1.

1.1. Umfang der Maßnahme

(1) Ausfuhrgenehmigungspflicht

Nur mit Ausfuhrgenehmigung dürfen die im Warenkatalog (Abschnitt 8.3.) aufgeführten Ausrüstungsgegenstände zur internen Repression, mit oder ohne Ursprung in der Gemeinschaft unmittelbar oder mittelbar an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Usbekistan oder zur Verwendung in Usbekistan verkauft, geliefert, weitergegeben oder ausgeführt werden.

1.2. Verfahren bei der Ausfuhr

(1) Ordnungsgemäße Genehmigung

Nur unter Vorlage einer ordnungsgemäß ausgestellten und gültigen Genehmigung dürfen die dem Ausfuhr-Embargo mit Genehmigungspflicht unterliegenden Ausrüstungsgegenstände zur internen Repression (Abschnitt 8.3.) aus dem Gemeinschaftsgebiet verbracht werden. Der Warenkatalog umfasst keine Waren der Kapitel 1-27, 30-35, 37-38 und 40-60 der Kombinierten Nomenklatur; aus den Kapiteln 28, 29, 36 und 39 werden nur bestimmte Sprengstoffe und Vorprodukte (zB Nitrocellulose) umfasst.

(2) Übersetzungen

Wurde die Genehmigung nicht in einer Amtssprache des Mitgliedstaats der Gemeinschaft ausgefüllt, in dem die Zollformalitäten erledigt werden, so kann von dem Ausführer die Vorlage einer Übersetzung in eine solche Amtssprache verlangt werden.

(3) Zuständige Behörde

Die in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zuständigen Behörden sind in Abschnitt 8.2. dargestellt, in Österreich ist dies:

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Abteilung C2/2 (Ausfuhrkontrolle)

Stubenring 1

A-1011 Wien

Tel: (+43-1) 711 00-0

Fax: (+43-1) 711 00-8386

1.3. Ausfuhrdokumente

(1) Genehmigung

Ausfuhrgenehmigung.

Die Ausfuhrgenehmigung wird nach erfolgter Antragstellung - in Österreich beim BMWA ausgestellt.

e-Zoll-Codierung: N941

1.4. Ausnahmen und Sonderbestimmungen

(1) Allgemein Keine !

ausgenommen Feststellungsbescheid nach Abs. 2.

Dies betrifft auch Sendungen von geringem Wert und/oder geringer Menge sowie die nur für Einfuhrvorgänge geltenden Befreiungsbestimmungen des § 7 AußHV 2005.

(2) Feststellungsbescheid

Liegt bei der Abfertigung ein Feststellungsbescheid (siehe Abschnitt 0.4. Abs.2) mit Maßnahmenbefreiender Wirkung vor, so ist keine Genehmigung nach dieser Arbeitsrichtlinie erforderlich.

Die Vorlage des Feststellungsbescheides ist keine Maßnahme im Sinne des Art. 235 ZK-DVO.
e-Zoll-Codierung: 4FSB

(3) Schutzkleidung

Der Begriff Schutzkleidung schließt Körperschutzwesten und Militärhelme ein.

Die Ausnahme vom Verbot gilt nur für solche Güter, die vom Personal der Vereinten Nationen, vom Personal der Europäischen Union, der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten, von Medienvertretern und von humanitärem Hilfspersonal und Entwicklungshilfepersonal sowie damit verbundenem Personal ausschließlich zur eigenen Verwendung vorübergehend nach Usbekistan ausgeführt werden.

e-zoll Codierung: 4AHG

2. Einfuhr

Derzeit keine Beschränkungen!

3. Durchfuhr

Für die Durchfuhr gelten die Bestimmung über die Ausfuhr Abschnitt 1.0 Abs.1; dabei gilt die Verbringung der betroffenen Güter durch das Zollgebiet der Gemeinschaft mit Käufer- und Bestimmungsland Usbekistan, dazu sind die Bestimmungen über die Ausfuhr (siehe Abschnitt 1.) anzuwenden.

4. Innergemeinschaftliche Verbringung

Derzeit keine Beschränkungen!

5. Vermittlung und Förderung

5.1. Vermittlung

Derzeit keine Beschränkungen!

5.2. Förderung

Die wissentliche und vorsätzliche Teilnahme an Aktivitäten, deren Zweck oder Wirkung unmittelbar oder mittelbar die Förderung dieser Ausrüstungsgegenstände ist, ist untersagt. Dieser Tatbestand wird im Wesentlichen bei Nachprüfungen eine Rolle spielen können.

6. Beschlagnahme und Verwertung

6.1. Beschlagnahme

(1) Nichtüberlassung

Werden Güter, die dem Usbekistan-Embargo unterliegen, zur Aus- oder Durchfuhr angemeldet, so können diese Güter (abgesehen von den Einzelfällen für die eine Ausfuhrgenehmigung vorliegen kann) auf Grund des absoluten Verbots nicht überlassen werden und es sind nach Artikel 75 Buchstabe a zweiter und vierter Anstrich ZK die erforderlichen Maßnahmen (siehe Z 2 und 3) für solche Fälle zu setzen.

(2) Untersagung der unzulässigen Verfügung

Die unzulässige Verfügung der angemeldeten Güter ist nach § 29 Absatz 2 ZollR-DG zu untersagen und nach § 29 Absatz 3 ZollR-DG ist die zuständige Behörde *[Strafabteilungen der Zollämter]* unverzüglich zu verständigen.

Die befassten Zollbehörden und Zollorgane sind befugt, die zur Beweissicherung und zur Aufklärung des Falles notwendigen und keinen Aufschub duldenden Maßnahmen zu setzen.

(3) Sicherstellung bei Gefahr im Verzug

Bei Gefahr im Verzug sind Embargogüter nach § 38 AußHG 2005 zu Zwecken der Beweissicherung vorläufig sicher zu stellen.

Die Zollorgane haben *[Im Wege der Strafabteilungen der Zollämter]* von der Sicherstellung unverzüglich der zuständigen Staatsanwaltschaft zu berichten.

Erklärt die zuständige Staatsanwaltschaft, dass die Voraussetzungen einer Beschlagnahme nach den §§ 98 Abs. 2 StPO und 143 Abs. 1 StPO nicht vorliegen, so ist die Sicherstellung sogleich aufzuheben.

Im Übrigen tritt die vorläufige Sicherstellung außer Kraft, wenn seit ihrer Erlassung sechs Monate vergangen sind oder sobald das Gericht über einen Antrag auf Beschlagnahme rechtskräftig entschieden hat.

(4) Vorgangsweise nach Aufhebung der Sicherstellung

Auch wenn das Gericht die Beschlagnahme aufhebt, können die Güter weiterhin nicht überlassen werden, wenn keine gültige Ausfuhrbewilligung vorliegt.

Eine neuerliche Beschlagnahme wäre nur bei Gefahr im Verzug möglich (siehe § 29 Abs. 3 ZollR-DG), was aber in der Regel nicht gegeben sein wird.

Ein Verfügungsverbot im Sinne des § 29 Abs. 2 ZollR-DG (ist noch keine Beschlagnahme gemäß § 26 ZollR-DG) ist möglich, aber nur in jenen Fällen sinnvoll, in denen die Aussicht besteht, dass der Beteiligte für die Ausfuhr doch noch eine Ausfuhrgenehmigung erhält.

Im Normalfall ist daher § 58 ZollR-DG iVm § 51 ZollR-DG als Ausführungsregelung zu Art. 75 ZK anzuwenden, dh wenn die Güter nicht verwertet werden können, sind sie zu vernichten.

6.2. Verwertung

Eine Verwertung der beschlagnahmten Güter erfolgt unter Anwendung des § 51 ZollR-DG, der auf Art. 867a ZK-DVO und §§ 37 bis 52 der Abgabenexekutionsordnung Bezug nimmt.

Die Verwertung erfolgt im Wege der Strafabteilungen der zuständigen Zollstellen.

Beschlagnahmte Güter können je nach Art entweder im Zollgebiet der Gemeinschaft: zu Gunsten der Staatskasse veräußert werden (zB Maschinen) oder müssen vernichtet / zerstört werden (zB Raketenteile).

7. Strafbestimmungen

Für Vergehen in Zusammenhang mit Embargogütern sind die Strafbestimmungen des § 37 Abs. 1 Z 9 AußHG 2005 und Abs. 2 bis 6 AußHG 2005 anwendbar.

Siehe dazu die AH-1130 Strafbestimmungen, insbesondere die Ausführungen zu AH-1130 Abschnitt 1.1.11.

8. Anhänge

8.1. Änderungsübersicht

(1) 1. August 2007

Arbeitsrichtlinie neu gestaltet.

8.2. Zuständige Behörden der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft

BELGIEN

Die folgende nationale Behörde ist für Verkauf, Ankauf und technische Hilfe durch die belgischen Verteidigungskräfte und Sicherheitsdienste sowie für finanzielle und technische Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Herstellung oder Lieferung von Waffen und von militärischer und paramilitärischer Ausrüstung zuständig:

Federale Overheidsdienst Economie, KMO, Middenstand en Energie/Service Public Fédéral Economie, PME, Classes

Moyennes et Energie

Algemene Directie Economisch Potentieel/Direction générale du Potentiel économique

Vergunningen/Licences

K.B.O. Beheerscel/Cellule de gestion B.C.E

44, Leuvensestraat/rue de Louvain

B-1000 Brussel/Bruxelles

Tel.: 0032 (0) 2 548 67 79

Fax: 0032 (0) 2 548 65 70.

Die folgenden regionalen Behörden sind für sonstige Ausfuhr-, Einfuhr- und Transitgenehmigungen für Waffen und militärische und paramilitärische Ausrüstung zuständig:

Brussels Hoofdstedelijk Gewest/Région de Bruxelles —Capitale:

Directie Externe Betrekkingen/Direction des Relations extérieures

City Center

Kruidtuinlaan/Boulevard du Jardin Botanique 20

B-1035 Brussel/Bruxelles

Tel.: (32-2) 800 37 59 (Cédric Bellemans)

Fax: (32-2) 800 38 20

Mail: cbellemans@mrbc.irisnet.be

Région wallonne:

Direction Générale Economie et Emploi

Direction Gestion des Licences

Chaussée de Louvain 14

5000 Namur

Tel.: 081/649751

Fax: 081/649760

Mail: m.moreels@mrw.wallonie.be

Vlaams Gewest:

Administratie Buitenlands Beleid

Cel Wapenexport

Boudewijnlaan 30

B-1000 Brussel

Tel.: (32-2) 553 59 28

Fax: (32-2) 553 60 37

Mail: wapenexport@vlaanderen.be

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Ministerstvo průmyslu a obchodu

Licenční správa

Na Františku 32

110 15 Praha 1

Tel.: + 420 2 24 06 27 20

Tel.: + 420 2 24 22 18 11

Ministerstvo financí

Finanční analytický útvar

P.O. BOX 675

Jindřišská 14

111 21 Praha 1

Tel.: + 420 2 5704 4501

Fax: + 420 2 5704 4502

Ministerstvo zahraničních věcí

Odbor Společné zahraniční a bezpečnostní politiky EU

Loretánské nám. 5

118 00 Praha 1

Tel.: + 420 2 2418 2987

Fax: + 420 2 2418 4080

DÄNEMARK

Justitsministeriet
Slotsholmsgade 10
DK-1216 København K
Tel.: (45) 33 92 33 40
Fax: (45) 33 93 35 10
Udenrigsministeriet
Asiatisk Plads 2
DK-1448 København K
Tel.: (45) 33 92 00 00
Fax: (45) 32 54 05 33

Erhvervs- og Byggestyrelsen
Langelinie Allé 17
DK-2100 København Ø
Tel.: (45) 35 46 62 81
Fax: (45) 35 46 62 03

DEUTSCHLAND

Die folgende Behörde ist für die Genehmigung der Bereitstellung
von finanziellen Mitteln und finanzieller Hilfe
gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben b und c zuständig:

Deutsche Bundesbank
Servicezentrum Finanzsanktionen
Postfach
D-80281 München
Tel.: (49) 89 28 89 38 00
Fax: (49) 89 35 01 63 38 00

Die folgende Behörde ist für Genehmigungen nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a und für
damit zusammenhängende technische Hilfe nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, außerdem
für die Bereitstellung technischer Hilfe nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c zuständig:

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
Frankfurter Straße 29 — 35
D-65760 Eschborn
Tel.: (49) 6196/908 — 0
Fax: (49) 6196/908 — 800

ESTLAND

Eesti Välisministeerium

Islandi väljak 1

15049 Tallinn

Tel.: + 372 6317 100

Fax: + 372 6317 199

FINNLAND

Ulkoasiainministeriö/Utrikesministeriet

PL/PB 176

FI-00161 Helsinki/Helsingfors

Tel.: (358-9) 16 00 5

Fax: (358-9) 16 05 57 07

Puolustusministeriö/Försvarsministeriet

Eteläinen Makasiinikatu 8/Södra Magasinsgatan 8

PL/PB 31

FI-00131 Helsinki/Helsingfors

Tel.: (358-9) 16 08 81 28

Fax: (358-9) 16 08 81 11

GRIECHENLAND

Ministry of Economy and Finance

General Directorate for Policy Planning and Management

Address Kornarou Str.

105 63 Athens

Tel.: + 30 210 3286401-3

Fax: + 30 210 3286404

Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών

Γενική Δ/νση Σχεδιασμού και Διαχείρισης Πολιτικής

Δ/νση: Κορνάρου 1, Τ.Κ.

105 63 Αθήνα — Ελλάς

Τηλ.: + 30 210 3286401-3

Φαξ: + 30 210 3286404

SPANIEN

Ministerio de Industria, Turismo y Comercio

Secretaría General de Comercio Exterior

Paseo de la Castellana, 162
E-28046 Madrid
Tel.: (34) 913 49 38 60
Fax: (34) 914 57 28 63

FRANKREICH

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie
Direction générale des douanes et des droits indirects
Cellule embargo — Bureau E2
Tel.: (33) 1 44 74 48 93
Fax: (33) 1 44 74 48 97
Direction générale du Trésor et de la politique économique
Service des affaires multilatérales et du développement
Sous-direction Politique commerciale et investissements
Service Investissements et propriété intellectuelle
139, rue du Bercy
F-75572 Paris Cedex 12
Tel.: (33) 1 44 87 72 85
Fax: (33) 1 53 18 96 55

Ministère des affaires étrangères
Direction générale des affaires politiques et de sécurité
Direction des Nations Unies et des organisations internationales
Sous-direction des affaires politiques
Tel.: (33) 1 43 17 59 68
Fax: (33) 1 43 17 46 91
Service de la politique étrangère et de sécurité commune
Tel.: (33) 1 43 17 45 16
Fax: (33) 1 43 17 45 84

IRLAND

Department of Foreign Affairs (United Nations Section)
79-80 Saint Stephen's Green
Dublin 2
Tel.: + 353 1 478 0822
Fax: + 353 1 408 2165

Central Bank and Financial Services Authority of Ireland
(Financial Markets Department)

Dame Street

Dublin 2

Tel.: + 353 1 671 6666

Fax: + 353 1 679 8882

Department of Enterprise, Trade and Employment
(Export Licensing Unit)

Lower Hatch Street

Dublin 2

Tel.: + 353 1 631 2534

Fax: + 353 1 631 2562

ITALIEN

Ministero degli Affari Esteri

Piazzale della Farnesina, 1

I-00194 Roma

D.G.EU. — Ufficio IV

Tel.: (39) 06 3691 3645

Fax: (39) 06 3691 2335

D.G.C.E. — U.A.M.A.

Tel.: (39) 06 3691 3605

Fax: (39) 06 3691 8815

ZYPERN

Import-Export Licencing Unit

Trade Service

Ministry of Commerce, Industry and Tourism

6, Andrea Araouzou

1421 Nicosia

Tel.: 357 22 867100

Fax: 357 22 316071

Supervision of International Banks, Regulations and

Financial Stability Department

Central Bank of Cyprus

80, Kennedy Avenue

1076 Nicosia

Tel.: 357 22 714100

Fax: 357 22 378153

LETTLAND

Latvijas Republikas Ārlietu ministrija

Brīvības iela 36

Rīga LV 1395

Tel.: (371) 7016 201

Fax: (371) 7828 121

LITAUEN

Ministry of Foreign Affairs

Security Policy Department

J. Tumo-Vaizganto 2

LT-01511 Vilnius

Tel.: + 370 5 2362516

Fax: + 370 5 2313090

LUXEMBURG

Ministère de l'économie et du commerce extérieur

Office des licences

BP 113

L-2011 Luxembourg

Tel.: (352) 478 23 70

Fax: (352) 46 61 38

Mail: office.licences@mae.etat.lu

Ministère des affaires étrangères et de l'immigration

Direction des affaires politiques

5, rue Notre-Dame

L-2240 Luxembourg

Tel.: (352) 478 2421

Fax: (352) 22 19 89

Ministère des Finances

3 rue de la Congrégation

L-1352 Luxembourg

Fax: 00352 475241

UNGARN

Hungarian Trade Licencing Office

Margit krt. 85.

H-1024 Budapest

Hungary

Postbox: H-1537 Budapest Pf.: 345

Tel.: + 36-1-336-7327

Magyar Kereskedelmi Engedélyezési Hivatal

Margit krt. 85.

H-1024 Budapest

Magyarország

Postafiók: 1537 Budapest Pf.:345

Tel.: + 36-1-336-7327

MALTA

Bord ta' Sorveljanza dwar is-Sanzjonijiet

Ministeru ta' l-Affarijiet Barranin

Palazzo Parisio

Triq il-Merkanti

Valletta CMR 02

Tel.: + 356 21 24 28 53

Fax: + 356 21 25 15 20

NIEDERLANDE

Ministerie van Economische Zaken

Belastingdienst/Douane Noord

Postbus 40200

NL-8004 De Zwolle

Tel.: (31-38) 467 25 41

Fax: (31-38) 469 52 29

ÖSTERREICH

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Abteilung C2/2 (Ausfuhrkontrolle)
Stubenring 1
A-1010 Wien
Tel.: (+ 43-1) 711 00-0
Fax: (+ 43-1) 711 00-8386

POLEN

Ministry of Economic Affairs and Labour
Department of Export Control
Plac Trzech Krzyży 3/5
00-507 Warsaw
Poland
Tel.: (+ 48 22) 693 51 71
Fax: (+ 48 22) 693 40 33
Tel.: 00 386 1 471 20 25
Fax: 00 386 1 512 11 03

PORTUGAL

Ministério dos Negócios Estrangeiros
Direcção-Geral dos Assuntos Multilaterais
Largo do Rivas
P-1350-179 Lisboa
Tel.: (351) 21 394 67 02
Fax: (351) 21 394 60 73

Ministério das Finanças
Direcção-Geral dos Assuntos Europeus e Relações Internacionais
Avenida Infante D. Henrique, n.o 1, C 2.o
P-1100 Lisboa
Tel.: (351) 21 882 3390/8
Fax: (351) 21 882 3399

SLOWENIEN

Ministrstvo za zunanje zadeve
Sektor za mednarodne organizacije in človekovo varnost
Prešernova cesta 25

SI-1001 Ljubljana

Tel.: 00 386 1 478 2206

Fax: 00 386 1 478 2249

Ministrstvo za notranje zadeve

Sektor za upravne zadeve prometa, zbiranja in združevanja, eksplozivov in orožja

Bethovnova ulica 3

SI-1501 Ljubljana

Tel.: 00 386 1 472 47 59

Fax: 00 386 1 472 42 53

Ministrstvo za gospodarstvo

Komisija za nadzor izvoza blaga za dvojno rabo

Kotnikova 5

SI-1000 Ljubljana

Tel.: 00 386 1 478 3223

Fax: 00 386 1 478 3611

Ministrstvo za obrambo

Direktorat za Logistiko

Kardeljeva ploščad 24

SI-1000 Ljubljana

SLOWAKEI

Ministerstvo hospodárstva Slovenskej republiky

Mierová 19

827 15 Bratislava 212

Tel.: 00421/2/4854 1111

Fax: 00421/2/4333 7827

SCHWEDEN

Inspektionen för strategiska produkter (ISP)

Box 70 252

107 22 Stockholm

Tel.: (+46-8) 406 31 00

Fax: (+46-8) 20 31 00

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Sanctions Licensing Unit
Export Control Organisation
Department of Trade and Industry
Kingsgate House
66-74 Victoria Street
London SW1E 6SW
Tel.: (44) 20 7215 4544
Fax: (44) 20 7215 4539

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Commission of the European Communities
Directorate-General for External Relations
Directorate Common Foreign and Security Policy (CFSP)
and European Security and Defence Policy (ESDP): Commission
Coordination and contribution
Unit A.2: Legal and institutional matters, CFSP Joint Actions,
Sanctions, Kimberley Process
CHAR 12/163
B-1049 Bruxelles/Brussel
Belgium
Tel.: (32-2) 296 25 56
Fax: (32-2) 296 75 63
E-Mail: relex-sanctions@cec.eu.int.

8.3. Warenkatalog

Liste der zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen

[Güterliste](#)